



Inhalt

Die ersten 5 Jahre	Seite 1
Unsoziales Recht	Seite 1
Aktuelles Interview	Seiten 2+3
Danksagung	Seite 4
DVU-Volksvertreter	Seite 4
Informationsgutschein	Seite 4

Aufgespiesst

Jochen Wolf ist wieder da.

Der ehemalige SPD-Bauminister unter Stolpe soll in ca. drei Monaten auf Bewährung freikommen, nachdem er bereits seit einem halben Jahr Freigänger ist.

Wir erinnern uns: Wolf war im Februar 2002 zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, weil er einem Kriminellen Geld für die 'Beseitigung' seiner 4. Ehefrau bezahlt hatte.

Den SPD-Wahlkampfstrategen wäre es sicherlich lieber gewesen, wenn ihr Ex-Genosse nicht ausgerechnet im Landtagswahlkampf zurück in die Schlagzeilen gekommen wäre. Hat die SPD nicht schon genug damit zu tun, den Wählern den Hartz IV-Betrug schönzureden?

Schönbohm hat nichts damit zu tun

Mit Hartz IV hat auch die CDU so ihre Probleme.

Zum einen sprechen sich in den aktuellen Umfragen immer weniger Wähler für die CDU aus, weil beispielsweise die DVU viel glaubwürdiger gegen diese sogenannte Arbeitsmarktreform Stellung bezieht.

Zum anderen hat sich inzwischen anscheinend herumgesprochen, dass nicht nur die rot-grüne Bundesregierung, sondern auch die CDU-Opposition an Hartz IV mitgewirkt und dem zugestimmt hat. Und Merkel & Co. geht es nicht gerade um soziale Verbesserungen, das Gegenteil ist der Fall. Da hilft es dann auch nicht mehr, wenn der CDU-Landesvorsitzende Jörg Schönbohm der Lausitzer Rundschau erklärt: „Mit Brandenburg hat das alles nichts zu tun, denn Hartz IV ist ein Bundesgesetz.“

Die ersten 5 Jahre

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die am 5. September 1999 in den Landtag Brandenburg gewählte DVU-Fraktion arbeitet immer noch in voller Stärke und wird, wenn die derzeitige Stimmung der Brandenburger anhält, am 19. September 2004 erneut und stärker in den Landtag gewählt werden.

Haben die am 5. September 1999 in den Landtag Brandenburg gewählten fünf Abgeordneten der Deutschen Volkunion (DVU) die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt?

Die negativen Erwartungen waren sicherlich höher als die positiven.

Doch die Fraktion hat sich weder zerstritten noch gespalten noch aufgelöst, wie es ihr vielfach prophezeit worden war. Wenn

ren auch keine untätigen Diätenbezieher und Steuergeldverprasser.

Die Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth hält mit 227 Landtagsreden den brandenburgischen Rekord, gerechnet von der ersten Landtagswahl 1990. 259 Anträge, Gesetzentwürfe sowie Änderungsanträge sind ebenfalls nicht das Arbeitsergebnis einer 'faulen' Fraktion. Und dass, obwohl die Fraktion dem Landtag zum Jahresabschluß 2003 Teile der erhaltenen Fraktionsgelder zurückzahlen konnte.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse - fünf DVU-Volksvertreter gegen 83 Parlamentarier von SPD, CDU und PDS - erwartete niemand Wunder von der DVU-Landtagsfraktion.

Daher erlebten die Brandenburger unzählige Entscheidungen ihrer Volksvertretung, die nicht dem Wohle Brandenburgs, sondern ausschließlich dem Machterhalt der SPD-CDU-Koalition dienten. Mancher Abgeordnete war sogar dreist genug, öffentlich zuzugeben, daß Parteiinteressen sein Abstimmungsverhalten im Landtag stärker beeinflussen als das Wohl des Landes und seiner Bürger.

Doch jedesmal, wenn die DVU solche Unverschämtheiten - trotz Boykott durch die Massenmedien - öffentlich machen konnte, jaulten sie wie getroffene Hunde. Beispielsweise fiel es den PDS-Bonzen sehr schwer, ihren Mitgliedern und Anhängern überzeugend zu erklären, warum die PDS polnische Arbeitskräfte nach Brandenburg holen will.

Die DVU bräuchte 51 %, um in Brandenburg wirklich etwas zu verändern. Aber bereits fünf, sechs, acht oder mehr DVU-Abgeordnete reichen aus, die etablierten Versager das Fürchten zu lehren.



Liane Hesselbarth Mdl
(Fraktionsvorsitzende)

der unvergessene Werner Firneburg nicht nach kurzer schwerer Krankheit im März 2003 verstorben wäre, so dass Markus Nonninger seinen Platz im Parlament einnehmen musste, wären die Volksvertreter der DVU heute noch genau dieselben wie vor fünf Jahren.

Und, wenn die politische Konkurrenz auch gerne etwas anderes behauptet, die national-freiheitlichen Volksvertreter wa-

Nachgefragt

Das aktuelle Interview

Frau Hesselbarth, seit der letzten Ausgabe heißt es am unteren Rand dieser Zeitung „DVU - die nationale Opposition im Landtag Brandenburg“, während Sie sich vorher als „die demokratische Opposition“ bezeichneten. Haben Sie jetzt das „demokratische Mäntelchen“ abgelegt?

Wir sind immer noch die einzige demokratische Opposition im Landtag, daran hat sich nichts geändert. Doch erscheint es uns heute nicht mehr als ausreichend, uns von der SED-Nachfolgepartei abzugrenzen.



Sigmar-Peter Schuldt MdL

Deswegen geben wir dem wesentlichen Unterschied zwischen der Deutschen Volksunion und den anderen Parteien im Landtag jetzt auch optisch mehr Gewicht. Denn wir setzen uns als einzige Partei für nationale deutsche Interessen, für das Wohlergehen der Deutschen ein.

Kürzlich hatten Sie Ministerpräsident Platzeck sein Verhalten bezüglich Hartz IV vorgeworfen, besonders sein Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Hätte er diesen Reformen zustimmen sollen?

Nein, natürlich muss solch ein unsoziales Machwerk, welches die vielen Langzeitarbeitslosen in Brandenburg zur Armut verurteilt, abgelehnt werden. Das hatte Herr Platzeck schon richtig gemacht. Doch hatte er sich vorher mehrfach für diese sogenannten Arbeitsmarktreformen ausgesprochen und auch im Vermittlungsausschuss für den Kompromiß gestimmt, den er dann im Bundesrat ablehnte. Er ist ja, nach eigener Aussage, auch weiterhin für dieses Kürzungspaket,

obwohl bisher kein Sachverständiger einen Zweifel daran gelassen hat, dass Hartz IV in Brandenburg zu einer Verelendung weiter Teile der Bevölkerung führen wird, ohne dass dadurch absehbar auch nur ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird. Diese unsoziale und unehrliche Schaukelpolitik, die sehe ich als seine politische Bankrotterklärung.

Herr Schuldt, abgesehen von der Zeit kurz nach der Wahl 1999 hört und sieht man in den Medien sehr wenig bis gar nichts von der DVU-Landtagsfraktion. Machen Sie überhaupt etwas?

Liegt es wirklich an uns, daß die Medien von 259 Gesetzentwürfen und Anträgen der DVU-Fraktion annähernd nichts berichtet haben? In der MAZ oder im rbb wird man informiert, wenn Herr Platzeck hustet oder Herr Schönbohm niest, aber über die Inhalte der 227 Reden unserer Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth haben die Brandenburger dort keine Beiträge zu erwarten. Wir werden oft von Bürgern gefragt, ob diese Medien uns 'totschweigen' wollen ... das muß man annehmen.

Frau Fechner, sie agitieren gegen Hartz IV, die PDS aber auch. Was sollen die Brandenburger wählen?

Wenn Sie gegen Hartz IV sind, weil sie soziale Gleichmacherei wollen und jegliche Reform ablehnen, dann können Sie getrost PDS wählen. Wenn Sie gegen Hartz IV sind, weil Ihnen die Reformen noch nicht weit genug gehen und sie die Arbeitnehmer noch mehr unter Druck setzen wollen, dann können Sie FDP oder CDU wählen. Wenn Sie aber Hartz IV ablehnen, weil sie sich mehr soziale Gerechtigkeit und einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung auch und gerade in Brandenburg wünschen, dann bleibt ihnen nur die DVU.

Ist das nicht etwas starker Tobak, Herr Claus? Und warum legen Sie so viel Gewicht gerade auf dieses Thema?

Die ganzen sogenannten Reformen der rot-grünen Regierung wirken sich in unserer Region, wirken sich hier in Brandenburg besonders negativ aus, ohne daß eine Besserung in greifbarer Nähe ist. Wir haben in Brandenburg eine hohe Massenarbeitslosigkeit mit sehr vielen Langzeitarbeitslosen und immer weniger Unternehmen, die wirklich nachhaltig Arbeitsplätze schaffen. Gerade hier bei uns kann es katastrophale Auswirkungen haben, wenn die Arbeitslosen dafür doppelt bestraft werden, daß es nicht genug freie Arbeitsplätze gibt. Das ist ein Brandenburger Thema.

Hartz IV wäre nur dann zu ertragen,



Birgit Fechner MdL

wenn es auf einem umfangreichen Beschäftigungsprogramm und massiver Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen beruhen würde, beispielsweise durch ein staatliches Investitionsprogramm. Aber das haben weder Schröder noch Platzeck vor.

Herr Nonninger, ausgerechnet die Deutsche Volksunion macht Werbung mit der SPD-Ikone Regine Hildebrandt. Schämten Sie sich nicht?

Regine Hildebrandt hat sich oft und lautstark für soziale Gerechtigkeit und die Belange der Brandenburger eingesetzt.

Impressum

„National-Freiheitliche **Fraktions-Nachrichten** aus dem Landtag Brandenburg“ (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird als Informationsschrift für die Bürger Brandenburgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth MdL bzw. der namentlich zeichnende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.

Erscheinungsweise: nach Bedarf

Anschrift:

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,
Info@dvu-fraktion-brandenburg.de

Gerade jetzt im Wahlkampf bestätigen uns viele Bürger, dass sie sich eine Politik wie die von Schröder und Fischer in Berlin oder von Stolpe, Platzeck und Schönbohm in Potsdam nicht mit Regine Hildebrandt vorstellen können. Es ist die einhellige Meinung der Brandenburger: „Mit Regine hätte es das nicht gegeben“- gemeint ist meistens Hartz IV.

Regine Hildebrandt hat auch dafür gesorgt, dass Asylbewerber in Brandenburg nur Warengutscheine und kein Bargeld bekommen, weswegen Wirtschaftsflüchtlinge und Asylbetrüger unser Land bisher möglichst gemieden haben und weswegen wir vergleichsweise wenig Sozialhilfe an Asylbewerber zahlen. Auch dieses Erbe von Frau Hildebrandt hat die SPD verraten.



Markus Nonninger Mdl

Frau Hesselbarth, Herr Claus fordert ein staatliches Investitionsprogramm und auch ihr Landtagswahlprogramm verlangt „Arbeitsplätze durch staatliche Großprojekte“. Was sollen wir uns darunter vorstellen?

Die SPD-CDU-Regierung hat derzeit einen Rückstand von gut 260 Millionen Euro bei dringend notwendigen Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten am Brandenburger Straßennetz - jeder Autofahrer bekommt die Folgen täglich zu spüren. Die Schäden werden nicht geringer und diese Millionen sind auch nicht 'gespart', sondern stopfen akute Haushaltslöcher, um später weit größere Löcher aufzureissen. Da steckt Arbeit für etliche Betriebe drin, da können hunderte bis tausende Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden. Die verbesserte Verkehrsinfrastruktur würde sich zusätzlich positiv für die brandenburgischen Unternehmen auswirken.

Und als staatliches Großprojekt würde sich die Modernisierung des Landtagsgebäudes anbieten. Aufgrund des bedauerli-

chen baulichen Zustandes drängt sich dieses Projekt geradezu auf. Es gibt auch schon länger Pläne für eine vergleichsweise kostengünstige Modernisierung mit einzelnen Um- und Neubauten auf dem Landtagsgelände. Doch leider war die Lobby für den wesentlich teureren Totalneubau an einem anderen Ort bisher zu stark. Lieber hat man das alte Gebäude so weit verkommen lassen, dass Parlamentsarbeit dort kaum noch möglich ist.

Ich bin voller Hoffnung, dass der neugewählte Landtag hier endlich eine zukunftsweisende Entscheidung trifft.

Herr Nonninger, wie sollen solche Projekte finanziert werden? Sie sagen doch immer, Brandenburg sei pleite.

Der große Haushalts- und Finanzexperte bin ich nicht gerade, aber ich finde, wenn das Land schon Kredite aufnehmen muss, dann soll dieses Geld lieber für zukunftsfruchtige Maßnahmen ausgegeben werden, als dafür, Haushaltslöcher zu stopfen. Insbesondere aber bin ich überzeugt davon, dass ein Brandenburger Landeshaushalt, der ohne Rücksicht auf Parteiinteressen und ideologische Vorbehalte erstellt wird, das leisten könnte, ohne die soziale Gerechtigkeit in Brandenburg zu gefährden, im Gegenteil.

Herr Schuldt, in ihrer Rede zum Bericht des Untersuchungsausschusses über die Pleite der brandenburgischen Landesentwicklungsgesellschaft LEG hat sich Frau Hesselbarth einen Ordnungsruf eingehandelt, weil sie die große Koalition als Mafia bezeichnet hat. War das nötig?

Wenn es so gewesen wäre, dann wäre es nötig gewesen, davon bin ich überzeugt. Doch in Wirklichkeit hat unsere Fraktionsvorsitzende etwas ganz anderes gesagt.

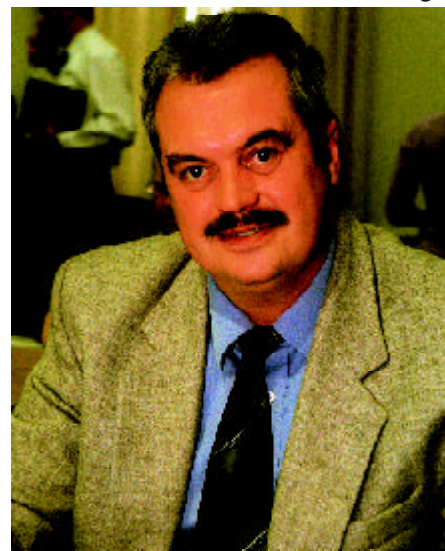
Liane Hesselbarth hatte kritisiert, dass Machenschaften in der LEG, die ganz offensichtlich der Bereicherung Einzelner dienten, von der damaligen SPD-Regierung geduldet und gedeckt und von SPD und CDU in diesem Untersuchungsausschuss ebenfalls gedeckt wurden. Weiter hatte sie den Fall des ehemaligen SPD-Ministers Wolf und eines wegen mutmaßlichen Kokainbesitzes und Menschenhandels festgenommenen CDU-Politikers erwähnt.

Sie hat danach SPD und CDU dafür verantwortlich gemacht, dass der Eindruck entstünde, in Brandenburg sei nicht eine große Koalition, sondern eine, ich zitiere „große Bande am Ruder“. Daraufhin

schaltete ihr der Parlamentsvizepräsident Habermann (CDU) das Mikrofon ab.

Frau Fechner, um die Schulschließungen und die Schülerbeförderung in Brandenburg ist es ruhig geworden. Ist das Thema für Sie abgeschlossen?

Nein, keineswegs, das geht gleich nach der Landtagswahl in die nächste Runde. Der Strukturwandel in Brandenburg darf nicht zu Lasten der Schüler und deren Eltern gehen, damit würde sich Brandenburg seine Zukunft verbauen. Den Anstrengungen der SPD-CDU-Regierung, das in der Verfassung verankerte Recht auf Bildung hinterrücks auszuhebeln, werden wir unser derzeit noch in der Diskussion befindliches umfassendes Bildungs-



Michael Claus Mdl

konzept entgegensetzen.

Herr Claus, sie waren Vertreter der DVU-Fraktion im Untersuchungsausschuss zur Chip-Fabrik. Was ist Ihr Fazit zu den drei Untersuchungsausschüssen (Flughafen Schönefeldt, LEG und Chip-Fabrik) dieser Wahlperiode?

Außer Spesen nichts gewesen.

Im Ernst, diese Ausschüsse hätten wir uns schenken können, damit wäre dem Land mehr gedient gewesen. Die SPD-CDU-Mehrheit in den Ausschüssen hat verhindert, dass es zu der eigentlich notwendigen schonungslosen Aufdeckung der Vorgänge kam und, was schwerer wiegt, dass die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden.

Daran ändert auch das lobenswerte und wirklich fast immer unparteiische Engagement der Ausschussvorsitzenden nichts, die gegen ihre Partei nichts ausrichten konnten.

Nach fünf Jahren erfolgreicher Arbeit im Landtag sagen wir all unseren Lesern und allen interessierten Mitbürgern

Danke.

Wir bedanken uns für jeden Hinweis, der unsere parlamentarische Arbeit voranbrachte oder der uns half, unsere Zeitung noch interessanter zu gestalten.

Danke für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Nach dem 19. September werden Sie unsere Nachrichten in gewohnter Weise weiter erhalten, wenn Sie dies wollen.

Die Fraktionsvorsitzende

Liane Hesselbarth

ist regional zuständig für die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie für Cottbus. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und vertritt die Fraktion im Landtagspräsidium und im Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie derzeit im LEG-Untersuchungsausschuss.

Bürgerbüro: Berliner Straße 20a, 03238 Finsterwalde, Tel.: 03531 719906, Fax.: 03531 719907

Der Parlamentarische Geschäftsführer

Sigmar-Peter Schuldt

ist regional zuständig für die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie für Brandenburg/Havel und Potsdam. Er vertritt die Fraktion im Haupt-, im Rechts- und im Wirtschaftsausschuss

sowie im Wahlprüfungsausschuss. Außerdem ist er DVU-Landesvorsitzender und Kreistagsabgeordneter in Potsdam-Mittelmark.

Bürgerbüro: Adolf-Damaschke-Str.60, 14542 Werder/Havel, Tel.: 03327 572680, Fax.: 03327 572681

Der stellv. Fraktionsvorsitzende

Michael Claus

ist regional zuständig für die Landkreise Barnim, Oberhavel und Uckermark. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und vertritt die Fraktion im Innenausschuss und im Ausschuss für Haushaltskontrolle sowie derzeit im Chip-Fabrik-Untersuchungsausschuss.

Bürgerbüro: Rosa-Luxemburg-Str.55, 16727 Velten
Tel./Fax.: 03304 521191

Birgit Fechner

ist regional zuständig für die Landkreise Havelland, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz. Sie vertritt die Fraktion im Petitionsausschuss sowie in den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport und für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

Bürgerbüro: Mühlentorstr. 37, 14770 Brandenburg, Tel.: 03381 212424, Fax.: 03381 796668

Markus Noninger

ist regional zuständig für die Landkreise Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Märkisch-Oderland sowie für Frankfurt. Er vertritt die Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik.

Bürgerbüro: Ernst-Thälmann-Str.92, 15374 Müncheberg
Tel./Fax.: 033432 91950

Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial.
- Ich möchte die Fraktions-Nachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.

Name _____ Vorname _____ Kfz-Kennz. (z.B. P oder PM) _____

Straße _____ PLZ _____ Ort _____

Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam